

Die „Raibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenszeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. n. f. m. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Steuer per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Raibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. November d. J. den Herren Grafen Szécsen Excellenz, dem Grafen Ferdinand Zich, Grafen Stephan Zamoyski, Somerset Beaumont, dann den Herren J. Somers, S. W. Schosberger und Söhne, Friedrich Kochmeister, Kendl und Comp. und Friedrich Rosenbergs die Gründung einer Aktien-Gesellschaft in Wien mit der Firma „Donauhandels-Gesellschaft“ zu bewilligen und den bezüglichen Statuten die Allerhöchste Genehmigung allergnädigst zu erteilen geruht.

Se. I. I. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. November d. J. dem Gutsbesitzer Max Freiherrn von Washington und dem Fabrikbesitzer Jakob Sziz die nachgesuchte Bewilligung zur Vornahme der vorbereitenden Maßregeln für die Gründung einer Depositen- und Vorschussbank für landwirthschaftliche und gewerbliche Produkte in Steiermark allergnädigst zu erteilen geruht.

Das Justizministerium hat die in Decubello erledigte Prätorsstelle zweiter Klasse dem Prätursadjunkten zu Portogruaro Johann Baptist Rigoni Stern verliehen.

## Nichtamtlicher Theil.

Raibach, 4. Dezember.

Der vierte Tag der Adressdebatte im Abgeordnetenhaus (wir können den Sitzungsbericht wegen Mangel an Raum erst morgen bringen) war eine der bewegtesten. Die Frage des Belagerungszustandes in Galizien wurde diskutiert und das Haus sprach sich gegen die Regierung und für den bezüglichen Passus in der Adresse aus. Es ist also in dieser Angelegenheit eine Art Konflikt zwischen Ministerium und Abgeordnetenhaus eingetreten und wären die parlamentarischen Verhältnisse Englands bei uns eingeführt, so müßte das Ministerium abtreten oder die Kammer aufgelöst werden. Dieser Ansicht ist auch die „Pr.“, denn sie schreibt: „Das Ministerium selbst kann sich unmöglich mehr darüber einer Täuschung hingeben, daß es dem Abgeordnetenhaus gegenüber moralisch gesunken ist. Es bleibt ihm kaum eine andere Wahl, als entweder zurückzutreten, oder zu dem konstitutionellen Mittel der Auflösung des Hauses zu schreiten. Denn würde es versuchen, mit dieser Majorität, die so imposant war, daß sie weit mehr als hinreichend wäre, eine Bestimmung des Reichsgrundgesetzes abzuschaffen, weiter zu regieren, so würde ohne Zweifel der Konflikt sich noch mehr verbittern, und nach wenigen Wochen doch geschehen müssen, was man jetzt etwa vermeiden möchte.“

Nun haben wir aber keinen englischen Parlamentarismus, sondern die Thatsache ist unbestreitbar, daß unsere Minister wirklich Minister der Krone und nicht der Majorität des Reichsrathes sind. Daher kann es geschehen, daß, wie das „Ftbl.“ bemerkt, jenseitig eine Erörterung zwischen den Räten der Krone und der Majorität eines der beiden Häuser des Reichsrathes entsteht, wobei die streitenden Parteien vollkommen auf dem Boden ihrer Aufgabe und ihrer Pflicht stehen, und also keinem der Vorwürfe gemacht werden kann, sich von dem ihm eigenthümlichen Wege entfernt zu haben. Ein solcher Streit kann gar wohl mit einer Vereinbarung enden, ohne daß eine der Parteien sich etwas verliert, indem entweder die Räte der Krone nach Anhörung der gegnerischen Gründe und nach reifer Erkenntniß des Zweckmäßigen und der

wahren Landesmeinung sich veranlaßt fühlen, die Krone mit den Wünschen der Majorität zu befreunden, oder indem die Majorität es für rathsam findet, ihre Wünsche zu mäßigen oder zu vertagen, bis die Erkenntniß ihrer Berechtigung und Opportunität eine größere Reife erlangt hat. Der in der galizischen Frage eingetretene rein juristisch formale Konflikt dürfte daher keine weiteren Folgen haben, als daß dem Wunsche des Parlaments möglichst bald Rechnung getragen und eine gesetzliche Regelung des Gegenstandes eintreten wird.

Dem Vermuthen nach existirt ein österreichisches Rundschreiben an die deutschen Bundesregierungen, welches ausdrücklich erklärt, daß nach den Intentionen Oesterreichs das Zurückziehen der Bundesstruppen aus Schleswig-Holstein der vollen Geltung eines kompetenzmäßigen Bundesbeschlusses in der Erbfolgefrage keinen Eintrag thun könne und solle.

## 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 1. Dezember.

(Schluß.)

Staatsminister Ritter v. Schmerling: Bevor ich darangehe, den Standpunkt der Regierung gegenüber der hier angeregten Frage zu erörtern, möge es mir gestattet sein, in wenigen Worten auf die Generaldebatte zurückzukommen, weil ich mich verpflichtet fühle, in gedrängter Kürze auszusprechen, was die Regierung veranlaßt hat, in der Generaldebatte das Wort nicht zu ergreifen. Man hat, von der Ansicht ausgehend, daß es sich hier um einen Streit zwischen zwei Parteien handle, auf der einen Seite die Rechtsvertretung, auf der andern die Regierung nach dem Grundsatz: qui tacet, consentire videtur, aus dem Schweigen der Regierung auf ihre Zustimmung geschlossen. Dem ist jedoch nicht so. Eben weil die Regierung sich nicht zu dem Prinzipie bekennt, daß es sich hier um einen Rechtsstreit zwischen zwei Parteien handle, hat sie keinen Anlaß gefunden, da das Wort zu ergreifen, wo kein praktischer Grund dazu vorlag. Die Generaldebatte hat sich dahin bewegt, die einseitigen Anschauungen einzelner Mitglieder des Hauses über die Zustände des Reiches im Ganzen und Großen und über einzelne Fragen auseinanderzusetzen. Insofern übrigens in der Generaldebatte die gehaltenen Reden dazu gedient haben, den Standpunkt der Opposition zu kennzeichnen und mehr oder minder heftige, fast maßlose Angriffe gegen die Regierung vorzubringen, hat letztere dieselben mit Ruhe entgegengenommen, denn sie ist ja gewohnt, von Seite der Opposition angegriffen zu werden und theilt dieses Loos mit allen Regierungen in allen Theilen von Europa, wo verfassungsmäßige Zustände herrschen, und sie hat die Beruhigung, daß, wenn, was kaum der Fall sein dürfte, die geehrten Redner berufen sein würden, die Geschäfte des Staates zu leiten, diese ebenso heftige Angriffe zu erfahren haben würden. In der Spezialdebatte wurde der lebendige Wunsch berührt, daß auch im lomb. venet. Königreiche verfassungsmäßige Zustände bald Platz greifen mögen. Ob unter Strömungen, wie sie gegenwärtig in diesem bewegten Lande noch herrschen, eine ruhige Verathung der Landesangelegenheiten noch möglich gewesen wäre, überlasse ich Ihrer Beurtheilung. Wozu die Regierung verpflichtet war, das hat sie gethan, sie hat sich mit der Prüfung des Statuts beschäftigt, das selbe vollendet und es kann im entsprechenden Moment sogleich publizirt werden. Aber die Lösung der Frage lag dadurch, daß man einen Landtag beruft, kann die Regierung nicht als eine solche erkennen. Wenn der Regierung weiters ein Vorwurf gemacht wird, daß die verfassungsmäßige Thätigkeit des Landtages in Galizien nicht eingetreten sei, so glaube ich

weitere Erörterungen dieser Vorgänge einer späteren Epoche der Besprechung vorbehalten zu sollen. Das glaube ich aber scheint ganz zweifellos zu sein, daß der Ausspruch: es möge der galizische Landtag „ehestens“ seine Wirksamkeit aufnehmen, mir nicht ganz angemessen zu sein scheint. Wir sind im Gesamtreichsrath versammelt, derselbe wird noch geraume Zeit seine Thätigkeit fortzusetzen haben, dann soll der engere Reichsrath beginnen, auch für ihn wird ein reiches Feld der Thätigkeit beginnen, im günstigsten Fall wird der Herbst eintreten, bis die Landtage berufen werden können, und heute schon Aussprüche zu thun über die Maßregeln, die aller Wahrscheinlichkeit nach erst in einem Jahre möglich werden, das, scheint mir, heißt doch den Ereignissen vorgreifen.

Ich gelange nun zur Frage der Einberufung des ungarischen Landtages oder eigentlich zur Erörterung der sogenannten „ungarischen Frage.“

Se. Majestät haben in der Thronrede auszusprechen geruht, es sei der lebendige Wunsch Allerhöchstherrn, daß auch in der östlichen Hälfte Ihres Reiches sobald als möglich die verfassungsmäßige Thätigkeit beginne, und Se. Majestät haben diesen Wunsch mit dem zweiten Wunsch zu begleiten geruht, daß Einsicht in die Lage der Verhältnisse und freundliches Entgegenkommen aller Betheiligten es möglich machen, das Verfassungswerk bald zum Abschluß zu bringen. In dem lebendigen Wunsche, daß die ungarische Frage bald auf friedliche und befriedigende Weise gelöst werde, begegnen sich die Männer, die im Rathe der Regierung sitzen, mit den Volksvertretern in beiden Häusern des Reichsrathes. Allein mit einem Wunsche ist es im praktischen Leben nicht gethan, und nicht das Ziel, sondern die Mittel sind es, worin die größte Schwierigkeit liegt. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit den Debatten gelauscht und mich überhaupt meiner Pflicht gemäß mit der Lösung der ungarischen Frage durch geraume Zeit auf das Eifrigste beschäftigt, aber ich habe mich leider überzeugt, daß die Debatten von vorgestern und heute mir über die Mittel, wie diese Frage zu lösen wäre, kaum neue, wenigstens nicht befriedigende Aufschlüsse gegeben haben. Ein Abgeordneter aus Niederösterreich, der durch lange Zeit in Ungarn ein Staatsamt bekleidet hat, hat gestern in begeisterter Weise der trefflichen Eigenschaften des ungarischen Volkes gedacht. Er hat aber hauptsächlich auf das Gefühl dieses Volkes seinen ganzen Operationsplan gebaut. Dieser ginge dahin, so rasch als möglich einen Landtag, aber einen solchen zu berufen, wo die Regierung sich bei den Wahlen passiv verhält. Dann gebe man dem Landtage königliche Propositionen, welche die Bevölkerung befriedigen und dieses loyale, dynastische Volk werde dem Könige zuzubeln und die Frage werde eine befriedigende Lösung finden. Ich bedauere, hiemit nicht einverstanden sein zu können. Ich theile nicht die Ansicht, daß es Pflicht der Regierung sei, sich den Wahlen gegenüber passiv zu verhalten. Im Gegentheil halte ich einen erlaubten Einfluß für geboten, und ich halte es für Pflicht der Regierung, die Aufmerksamkeit der Wähler auf solche Männer zu lenken, die von dem Gefühle getragen sind, bei der nächsten Landtagssession müsse ein Ausgleich zwischen Ungarn und den Ländern dießseits der Leitha zu Stande kommen. Die Gegner der Reichsverfassung werden sicherlich den Wahlen gegenüber nicht passiv bleiben, und es wäre eine schlechte Politik der Regierung, sich einer reinen Passivität und Defensiv zu beschränken. Was die Propositionen betrifft, so hätte ich nur gewünscht, daß auseinandergelegt worden wäre, worin dieselben bestehen sollen. Ich theile in einem gewissen Sinne das Vertrauen auf die Hochherzigkeit des magyarischen Volkes, allein große staatsrechtliche Fragen können nicht auf dem Wege der Gefühlspolitik allein ausgemacht werden. Ein zweites Mittel zum Ziele zu



gefangen, wurde damit proponirt, daß man möglichst freisinnige Institutionen für dießseits der Leitha gebe, um die Verfassung dem ungarischen Volke preiswürdig zu machen. Ich muß um Entschuldigung bitten, wenn ich auch hier widerspreche, u. z. aus formellen, wie aus materiellen Gründen. Was die formellen betrifft, so würde großer Werth darauf gelegt, daß man daran gehe, sogenannte Grundrechte zu schaffen. Ich will die Wichtigkeit derselben und mancher Wünsche, die man hegt, zugeben und werde das Meinige beitragen, daß sie sobald als möglich verfassungsmäßig geregelt werden. Allein, diese Dinge betreffen nicht die Kompetenz des weiteren, sondern des engeren Reichsrathes, und was in diesem votirt wird, hat eine Gültigkeit für Ungarn mit Nichten. Die Ungarn haben alle diese Rechte bei ihrem Landtage zu verhandeln. Werden sie hier im engeren Reichsrathe votirt, so bringt das den Ungarn keinen Vortheil. Ich muß ferner bekennen, daß mir, die Ministerverantwortlichkeit abgerechnet, gar kein Antrag bekannt ist, welcher dahin ginge, die Verfassung in einem Sinne zu modifiziren, daß sie eine freierliche Gestaltung fände.

Der Minister geht nun auf die Methode über, welche beobachtet werden müsse, um die ungarischen Wirren zu lösen. Eine Batterie könne in einer Viertelstunde gestürmt, eine Schlacht in einem halben Tage gewonnen werden, aber wohl nur dann, wenn der Feldherr Zeit gehabt hat, seine Truppen gehörig zu schulen. Wir haben, sagt der Minister, langsam zu wirken, um endlich zu einem Resultate zu gelangen, das braucht Selbstverläugnung, aber mit dieser allein wird endlich das Ziel erreicht. Nicht durch einen raschen Aufschwung kann die ungarische Frage gelöst werden, sondern nach ruhiger Vorbereitung, und daß wir diese getroffen haben, darüber sind wir vollkommen beruhigt. Die Regierung war so glücklich, in Siebenbürgen Resultate zu erzielen, aber auch hier nur nach beharrlichen und konsequenten Bemühungen. Wenn man sagt, die Regierung berufe den Landtag ein, und wenn dieser die Anträge nicht annimmt, hat sie das Ihrige gethan und kann vor ganz Europa gerechtfertigt dastehen, jetzt träte die Staatennothwendigkeit, das höchste Gebot, ein, so antworte ich: diesen Standpunkt braucht man nicht mehr einzunehmen, dieses ist seit 1861 der unfertige. Die Regierung will nicht kontumaziren, sondern versöhnen und bewirken, daß die Ungarn mit frohem Muthe in dieser Versammlung Platz nehmen. — Wir sind zu dem Entschluß gekommen, unausgesetzt, beharrlich, wenn auch im Stillen, jene Hindernisse zu beseitigen, welche die Einberufung des ungarischen Landtages verzögern können. Wir wollen den Landtag aber nicht berufen, damit er eine unfruchtbare Thätigkeit entwickle.

Schließlich erklärt sich der Minister für den Antrag Kaiserfeld und schließt seine Rede mit dem Beifall der Versammlung.

Der Berichterstatter Dr. Gistra erklärt sich auch gegen die Anträge Greuter und Toman, aber für den Antrag Kaiserfeld. Die Adresskommission sei der Ansicht, daß die Einberufung des ungarischen Landtages eine dringende Nothwendigkeit sei. Ungarn und Kroatien haben ein Recht, ihre Angelegenheiten durch ihre Landtage geordnet zu sehen. Von jener geräuschlosen Thätigkeit, die durch drei Jahre keine Früchte trug, sei zu erwarten, daß sie noch lange dauern werde, und darum will das Abgeordnetenhaus betonen, daß diese Zeit ihr Ende erreicht haben möge. Laut wird man vom Pester Landtag die Beschwerden über die letzten drei Jahre hören. Zum Schluß spricht Redner noch über die Langsamkeit der Reformen im Sinne des Fortschrittes.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Baron Kellersperg beantragt die Theilung des Absatzes 4. — Abg. Toman zieht seinen Antrag zurück. — Das Amendement Greuter wird abgelehnt, dafür nur einige Stimmen aus dem Centrum.

Absatz 4 der Adresse wird mit großer Majorität angenommen, ebenso Absatz 5 und 6 beinahe einstimmig, nur einige Siebenbürger sind dagegen; Absatz 7 wird mit dem Amendement Kaiserfeld (gleichfalls mit sehr großer Majorität) angenommen, ebenso Absatz 8.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 45 Minuten. Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Fortsetzung der Adressdebatte.

## 11. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 2. Dezember.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Schmerling, Meserich, Basser, Plener, Hein, Frank, Sektionschef Kalchberg, Hofrath Diegeleben, später Burger.

In der Hofloge: Prinz Wasa.

Auch heute sind die Gallerien und sämtliche Logen dicht gefüllt.

Nach der Verlesung der Einkäufe wird zur Tagesordnung geschritten. Auf derselben steht die Fortsetzung der Spezialdebatte über den Adressentwurf.

Alinea 9 (Annahme des mexikanischen Thrones

von Seiten des Erzherzogs Max) wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Alinea 10 berührt den in der Thronrede enthaltenen Passus über den allgemeinen Frieden.

Berichterstatter Dr. Gistra betont die Nothwendigkeit eines allgemeinen Friedens im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung Oesterreichs, zeigt aber aus einer Nebeneinanderstellung der Ziffern, daß die Zahl der Truppen und daher auch das Budget des Kriegsministeriums sich seit 1860 jährlich steigere; er sagt, dies sei die Folge der guten Beziehungen Oesterreichs zu den übrigen Staaten. Es wurde in Abrede gestellt, daß mit dem Wechsel in der Leitung der äußeren Angelegenheiten ein Systemwechsel eingetreten sei und jede Erklärung fehle, daß diese Annahmen falsch seien. Es habe daher die Befürchtung Raum gefunden, daß die bisherige Systemlosigkeit noch fortbauern könne.

Abg. Schindler: Auch in dem heurigen Budget werden die Einnahmen von den Ausgaben überschritten und die bedeutendste Rolle spiele das Armeebudget. Die Bemühungen des Abgeordnetenhauses in den früheren Jahren, das Kriegsbudget herabzudrücken, seien an den Versicherungen des Ministers des Aeußern, daß er für den Frieden nicht eintreten könne, gescheitert. Der Finanzausschuß habe daher in Erwägung gezogen, wie der Friede herzustellen sei und sei zu dem Resultate gekommen, daß dies nur durch Versöhnung möglich sei. Versöhnung mit Frankreich, mit Italien und Deutschland. — Auf das Prinzip der Legitimität übergehend, sagt Redner, es gebe Staaten, die mit ihrem legitimen Herrscherhause innig verwachsen sind — ein solcher sei Oesterreich. Anders sei es in anderen Staaten, er erinnert an die Wasas, die Bernadotten, Stuart's und an Frankreich. Oesterreich sei so glücklich gewesen, seine „ererbten Uebelstände“ im Wege der Reform abzuschaffen, während andere Staaten dies nur durch gewaltsame Umwälzungen zu Stande brachten. Redner spricht den Wunsch nach einer Verständigung mit Frankreich aus, welche Allianz er der mit Preußen, die sich in jüngsten Tagen so schlecht bewährt, vorziehe. Er citirt als Gewährsmann seiner Ansicht den Minister Kaunitz, welcher stets eine Allianz mit Frankreich angestrebt hat. Den größten Vortheil würde Oesterreich aus einer solchen Allianz in der italienischen Frage ziehen, sagt Redner, und unterzieht dann die italienische Politik des gewesenen Ministers des Aeußern einer Kritik, um zu zeigen, daß von dieser Politik Frankreich den größten Nutzen zog. Wenn es wahr sei, was man in den Zeitungen lese, daß man mit Italien Handelsverbindungen anknüpfen wolle, so stelle sich die Nothwendigkeit heraus, auch in politischer Beziehung einen Beschluß zu fassen. — Auf Deutschland übergehend, sagt Redner: Oesterreich sei, statt ein Vorkämpfer Deutschlands zu sein, ein Bundesgenosse Preußens geworden. Die Folge davon war, daß Preußen jetzt die Ernte einheimse, nachdem ihm Oesterreich die Wege bahnte. Nach all' den Vorkommnissen der jüngsten Tage und den Bestrebungen Preußens könne man kaum mehr an ein selbstständiges Verfassungsleben in den Herzogthümern glauben. An den Fahnen unserer Armee glänzen die hellsten Sterne des Ruhmes, aber die Diplomatie gebe sich alle Mühe, dieselben zu verdunkeln. Der Zug nach den Herzogthümern scheine ihm nur gegen eine Emotion Deutschlands gerichtet, die Folge von Verona und Karlsbad und das Morgengrauen der heiligen Allianz.

Minister des Aeußern Graf Mensdorff-Pouilly: In den Worten der Thronrede sind die Grundideen der österreichischen Politik angedeutet. Das Zusammenstehen Oesterreichs mit Preußen im Anfange dieses Jahres hat, was wohl von keiner Seite bestritten zu werden vermag, die Gefahr eines allgemeinen Krieges, der nahezu unvermeidlich schien, hintangehalten, die fortgesetzte gemeinschaftliche Aktion durch siegreiche Erfolge einen ehrenvollen Frieden zu Stande gebracht, den beiden Großmächten aber jene achtungsgebietende Stellung, die ihnen gebührt, in Europa gesichert. Das Ziel der österreichischen Politik war, diese schwierige Verwicklung mit Vermeidung eines europäischen Krieges zum Vortheile Deutschlands zur Lösung zu bringen, und dieses Ziel scheint mir erreicht. Daß die endliche Lösung der Erbfolgefrage nicht geringe Schwierigkeiten in sich schließen würde, war vorauszu sehen, und eben so wenig dürfte es in Zweifel gezogen werden, daß diese Schwierigkeiten in gewaltsamer Weise nicht beseitigt werden könnten, ohne die eben angeführten Vortheile in Frage zu stellen. Mit dem ganzen Ernste, den diese Angelegenheit erheischt, hat sich das kaiserliche Kabinet die Aufgabe gestellt, im Wege der Unterhandlung dieselbe einem Abschlusse zuzuführen, welcher der Würde und der Ehre Oesterreichs entspricht, den Interessen und Rechten des deutschen Bundes volle Rechnung trägt (Bravo!) und zugleich aber auch das Bündniß mit Preußen zu erhalten geeignet ist. Letzteres ist nach unserer festen Ueberzeugung vom höchsten Werthe zur wirklichen Einigung Deutschlands und

zur Erhaltung des allgemeinen Weltfriedens. Aber eben die zur Erreichung dieses vorgestekten Zieles eingeleiteten Unterhandlungen machen es, ohne den Erfolg zu gefährden, leider unmöglich, heute schon in die nähere Besprechung derselben einzugehen. Das kaiserl. Kabinet glaubt sich jedoch der Hoffnung hingeben zu können, daß, trotz mancher drohender Entwicklungen doch bald der Moment kommen werde, wo es, so Gott will, ein gedeihliches Resultat seiner von dem Geiste der Ruhe und Versöhnlichkeit, aber auch der entschiedensten Festigkeit geleiteten Bemühungen wird mittheilen können. (Bravo!)

Nach keiner Seite hin bedrohend, steht Oesterreich mit den großen Mächten in freundschaftlicher Beziehung und wird stets mit Freuden die Hand zur Vervollständigung und Erweiterung solcher Verhältnisse bieten.

Noch kürzlich bei einer vielbesprochenen Angelegenheit hat Oesterreich auf das augenfälligste den Geist der Versöhnlichkeit, der es beseelt, bekrundet. Nach jener Seite aber hin, von welcher der faktische territoriale Bestand Oesterreichs schon als ein aggressiver Akt bezeichnet wird, kann man uns wohl unmöglich die Initiative zur Annäherung zumuthen. (Bravo! Bravo!) Selbsterniedrigung hat noch nie die Erhaltung eines Staates gefördert und gekräftigt. (Bravo!) Oesterreichs Bestand beruht auf erworbenen Rechten und diese zu verteidigen nach jeder Richtung hin, gebietet nicht allein die Pflicht der Selbsterhaltung, sondern auch die Ehre. (Bravo!) In dem bereits angedeuteten Sinne der Mäßigung wird das kaiserl. Kabinet bemüht sein, die Segnungen des Friedens dem Reiche, welches dessen so dringend bedarf, zu erhalten, aber eben so entschieden ist es entschlossen, allen Angriffen, sei es offener, sei es verdeckter Feinde, mit Entschiedenheit und Furchtlosigkeit entgegen zu treten. (Beifall.)

Hierin schmeichle ich mir, wie immer, ähnlichen Gesinnungen nicht allein in diesem hohen Hause, sondern auch in den Herzen aller Völker des weiten Reiches zu begegnen (Bravo!), jener Völker, welche zu jeder Zeit, wo dem Vaterlande Gefahr drohte, ihre Opferfreudigkeit so glänzend bewährten. (Bravo! Bravo!)

(Schluß folgt.)

## Ausland.

Dresden, 2. Dezember. Ein Telegramm des Dresdener Journals aus Frankfurt meldet: In der gestrigen Bundestagsitzung erklärte Hannover seine Bereitwilligkeit zur sofortigen Abberufung seiner Truppen und Kommissäre aus den Herzogthümern. Sachsen erklärte ein Gleiches zu thun, sobald ein dießfälliger Beschluß des Bundes vorliege. Preußen erklärte seine Bereitwilligkeit über die Erbfolge mit den Präbenden zu unterhandeln, sobald die Herzogthümer geräumt seien. Die Abstimmung über den österreichisch-preussischen Antrag erfolgt morgen.

Berlin, 2. Dezember. Die „Kreuzzeitung“ meldet: Am 7. d. M. werde der König über einen Theil des ersten kombinierten Armeekorps auf dem Kroll'schen Plätze Parade abhalten und hierauf der Einzug stattfinden.

Hamburg, 1. Dezember. Es wurde die Ordonnanz gegeben, daß die sämtlichen disponiblen Eisenbahnwaggons der hannoverschen Eisenbahn bis 6. d. M. nach Harburg geschafft werden sollen.

Bern, 1. Dezember. Der schweizerische Konsul in Genua meldet an den Bundesrath: Dr. Demme und Flora Trümph sind am 29. November Abend in Nervi angekommen und im Hotel d'Angleterre abgestiegen; sie wurden am 30. November Morgens todt, im Blute schwimmend, gefunden. Dieselben haben sich selbst durch Dessen der Adern entleibt.

Aus Rom wird vom 29. November berichtet, bei der großen Noth des päpstlichen Schatzes habe der Finanzminister Ferrari gerathen, ebenfalls durch Steuer-Voraushebung zu helfen; doch dürften weder Papst noch Volk zustimmen. Polizeiminister Matteucci hat ein besonderes Korps von 60 Landgendarmen gegen die Briganten der Umgegend errichtet. Das National-Comité in Rom sammelt Unterstützungen für die friaulischen Aufständler. Die Römerinnen tragen schwarze Halsketten als sogenannte lagrima di Venezia. (!)

Aus Paris, 28. November, schreibt man der „D. D. P.“: Von Tunis her wälzt sich noch einmal eine Welle zwischen Frankreich und England. Es wird nicht die Schuld des französischen General-Konsuls, Herrn Grafen von Beauval, und der in Tunis bestehenden Eifersucht zwischen Franzosen und Engländern sein, wenn sie sich nicht entlastet. Die Beschwichtigung des letzten Aufstandes ohne Hinzufügung des dem englischen Einflusse ergebenden Finanzministers und ohne französische Intervention war für den ehrgeizigen Patriotismus des Herrn v. Beauval eine Kränkung, welche ihm die Vorsicht und Mäßigung seiner Regierung nicht ersparen konnten. Als einen Erfolg mochte er es sich anrechnen, daß der



Bei es unterließ, sich die kirchlich-politische Investitur des Sultans und allenfalls eine türkische Intervention gegen den Aufstand zu erbitten. Vor acht Tagen aber schickte der Bey den General Kerebin, Schwiegersohn des Finanzministers, nach Konstantinopel. Hinter ihm schickte Herr v. Beauval einen Kriegsdampfer mit Depeschen nach Toulon. Es wird gemeldet, daß General Kerebin auf englischen Rath die Investitur des Bays in Konstantinopel holt. Hierin ersuchen die Depeschen eine große Gefahr für Algerien. Frankreich, heißt es, muß diplomatisch oder militärisch Herr von Tunis sein oder stets ein Heer von 100,000 Mann in Algerien unterhalten, um nicht bei erster Gelegenheit vom algerischen Aufstande, von Tunis, Tripolis, Marokko angegriffen und gleichzeitig von englischen Schiffen blockirt zu werden. Es bleibe also keine Wahl als: Algerien sogleich aufgeben oder Tunis ohne Weiteres zu besetzen. Dieser Meinung mag auch die hiesige Regierung sein, doch wird sie sich mit einer Intervention nicht übereilen. Vorerst wird der Marquis de Moustier die Pforte von der Ertheilung der Investitur und von jeder Einmischung in die Angelegenheiten von Tunis abzubringen haben; Frankreich ist es damit voller Ernst. Noch will es Tunis nicht besetzen, aber schon will es dasselbe nicht mehr aus den Händen lassen. Es würde zuverlässig interveniren, wenn England die türkische Oberherrschaft in irgend einer Form herstellt. Der Bey und sein Finanzminister verstehen diese Politik, darum wollen sie sich England und der Türkei in die Arme werfen, um einen Halt gegen Frankreich zu finden, und darum strebt England, sich in Tunis festzusetzen.

**Paris, 2. Dezember.** Die „France“ meldet: Der amerikanische Gesandte am französischen Hofe, Mr. Dayton, ist gestorben.

Der „Patrie“ zufolge hat sich die in dem Befinden des Senators Mocquard eingetretene Besserung nicht erhalten und flößt dessen Zustand lebhaftere Besorgnisse ein.

**Paris, 3. Dezember.** Mocquard ist auf dem Wege der Besserung. Die Ministerkrise ist definitiv vorüber. Alle Minister behalten ihre Portefeuilles. Fürst Metternich ist sehr befriedigt von Compiègne zurückgekehrt, die französische Regierung ist entschieden friedlich gesinnt, und will genaue Aufrechthaltung des Status quo. Buddberg und Gortschakoff haben sich dem Vernehmen nach entzweit, weil ersterer die Zusammenkunft in Nizza forciert und durchgesetzt habe. Aus Turin verlautet, der Finanzminister Sella bestrebe auf der Verurteilung von 100,000 Mann; alle seine Kollegen, Lamarmora ausgenommen, seien dafür. Der dänische Gesandte Bille wird abberufen. Das mysteriöse Kohlendepot, das Frankreich erwerben will, liegt angeblich an den Küsten der Nordsee. Privatbriefen aus Mexiko zufolge hat das Kaiserpaar dort großes Ansehen gewonnen; die Finanznoth dauert jedoch fort. Gleichwohl habe Kaiser Max die Verpfändung der Bergwerke von Sonora abgelehnt.

**London, 2. Dezember.** Eine Depesche der „Times“ aus Wien, 1. Dezember, besagt: „Nachdem Oesterreichs Vermittlung angenommen wurde, verschwindet jede Gefahr einer Kollision der preussischen und Bundesstruppen in den Herzogthümern.“

**Bukarest, 1. Dezember.** Die von der Regierung vergeblich gesuchten Dokumente der griechischen Klöster sind am 26. November mit einem russischen Courier nach Konstantinopel abgegangen.

**Melbourne, 26. Oktober.** 200 gefangene, aber wieder entwichene Maoris marschiren neuerdings in den Aufstand.

**Shanghai, 25. Oktober.** Laut Nachrichten aus Japan herrscht in Jeddo ein lebhaftes Handelsgeschäft, und haben die Daimios eingewilligt, daß Europäer dort residiren. Der Fürst von Nagato soll die Zahlung einer Entschädigung verweigern.

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

**Laibach, 5. Dezember.**

Am verflossenen Samstag beglückwünschte der Ausschuß des histor. Vereins unsern Mitbürger Hrn. Oberamts-Direktor H. Costa zu der ihm zu Theil gewordenen hohen Anerkennung durch Verleihung des Ritterkreuzes des Franz Josefs-Ordens. Das Ausschußmitglied A. Dimits hob in einer kurzen Ansprache die Verdienste hervor, welche Herr Costa als einer der Mitbegründer unseres Vereins und der von ihm herausgegebenen „Mittheilungen“, sowie nicht minder durch eigene wissenschaftliche Beiträge, zur Landeskunde sich erworben hatte, und deren hohe Anerkennung den historischen Verein zu freudiger Theilnahme bewegt. Er sprach zugleich die Hoffnung aus, daß Herr Costa auch in der ihm gegönnten ehrenvollen Mühe auf dem Posten eines Direktors des histor. Vereins, zu dem ihn das Vertrauen der Vaterlandsfreunde berufen, zum Besten der vaterländischen Sache fort wirken werde. Herr Direktor Costa dankte

in herzlichen Worten und versicherte, dem Vereine fortan seine beste Kraft widmen zu wollen.

— Heute Abend um 8 Uhr (Abmarsch von der Kaserne um 6 Uhr) geht der dritte Transport der mexikanischen Freiwilligen 1200 Mann (die Uhlanten nebst Stab, eine Eskadron Husaren und die 7. Jägerkompagnie) von hier nach Triest, wo dieselben Morgen 11 Uhr auf dem Dampfer „Peruvian“ eingeschifft werden und gegen 12 Uhr in See stechen. Hier bleibt nur mehr noch die 5., 8., 9. und 10. Kompagnie, das dritte Bataillon, 4 Eskadronen Husaren, eine Batterie, das technische Artillerie-Depot und die Sanitätsabtheilung. In diesem Monate werden noch 2300 Mann auf den Dampfern „Vera-Cruz“ und „Indiana“ eingeschifft, so daß dann nur mehr ein kleiner Theil des Korps bleibt. — Der Stand des Korps ist heute 5866 Mann. Die Werbung wird am 16. Jänner geschlossen.

— Vorgestern wurde ein Bahnwärter zwischen Adelsberg und Prestranegg überfahren und ins Spital hieher gebracht, wo ihm der eine Fuß amputirt werden mußte.

— Am 26. November fand man in einem Bache des Bezirkes Rassenfuß die Leiche eines Vagabunden mit auf den Rücken zusammengebundenen Händen; die Leiche lag schon vier Wochen im Wasser. Die angestellte Untersuchung ergab Folgendes: Der Vagabund zechte in einem Wirthshause und fing mit den anwesenden Bauern zu streiten an, weshalb er aus dem Hause gejagt wurde, im Fortgehen aber die Drohung aussprach, mit sieben anderen seines Gelichters zurückzukommen und Rache zu üben. Auf diese Drohung hin band man ihm die Hände auf den Rücken fest, um ihn in's nahe Gemeindeamt abzuliefern. Der Wirth gab eine Laterne, da es schon finster war, und ein Bauer übernahm den Vagabunden, kaum 100 Schritte vom Hause aber löschte der Wind das Licht aus und der Bauer kehrte um, sich das Licht wieder anzuzünden, während der Gebundene warten sollte; dieser aber wollte die Gelegenheit zur Flucht benützen und fiel in der finsternen Nacht in den angeschwollenen Bach, über den er auf einem schmalen Stege entfliehen wollte.

## Wiener Nachrichten.

**Wien, 4. Dezember.**

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben dem Vereine zur Verbreitung von Druckschriften für Volksbildung den Betrag von 50 fl., Ihre k. Hoheiten die durchlauchtigsten Herren Erzherzoge Karl Ludwig und Ludwig Viktor je 20 fl. gespendet.

— Verlosung des Prämien-Ansehens vom Jahre 1864. (Schluß.) Serie 813 Nr. 9 und Serie 1528 Nr. 95 gewinnen je 5000 fl., S. 1309 Nr. 36, S. 808 Nr. 5 und S. 2571 Nr. 69 gew. je 2000 fl., S. 1309 Nr. 62, S. 808 Nr. 49, S. 1309 Nr. 30, S. 808 Nr. 52, S. 1892 Nr. 68 und S. 813 Nr. 58 gew. je 1000 fl., S. 808 Nr. 47, S. 3758 Nr. 97, S. 1892 Nr. 41, S. 808 Nr. 93, S. 3758 Nr. 47, S. 1892 Nr. 8, S. 414 Nr. 7, S. 808 Nr. 20, S. 414 Nr. 38, S. 3758 Nr. 32, S. 1309 Nr. 45, S. 2571 Nr. 62, S. 1892 Nr. 14, S. 1892 Nr. 87 und S. 1892 Nr. 45 gew. je 500 fl., S. 1309 Nr. 38, S. 808 Nr. 56, S. 1528 Nr. 69, S. 813 Nr. 77, S. 414 Nr. 24, S. 3758 Nr. 34, S. 808 Nr. 33, S. 414 Nr. 97, S. 3758 Nr. 18, S. 1309 Nr. 70, S. 2571 Nr. 66, S. 1309 Nr. 48, S. 813 Nr. 20, S. 3758 Nr. 10, S. 3758 Nr. 39, S. 2571 Nr. 94, S. 808 Nr. 71, S. 2571 Nr. 21, S. 1528 Nr. 62, S. 3758 Nr. 45, S. 1309 Nr. 6, S. 414 Nr. 31, S. 414 Nr. 77, S. 1892 Nr. 88, S. 3758 Nr. 19, S. 3758 Nr. 37, S. 813 Nr. 11, S. 1528 Nr. 98, S. 2571 Nr. 39 und S. 1309 Nr. 14 gewinnen je 400 fl. Alle übrigen Nummern gewinnen je 135 fl.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Triest, 3. Dezember.** (Levantepost). Athen 26. November. Gegen das Ministerium wurden von 116 Mitgliedern der Nationalversammlung Proteste unterzeichnet. Das Budget für 1865 so wie das Steuer-gesetz sind noch nicht votirt. Oberst Koroneos ist zum Kommandanten der Nationalgarde, Fürst Ipsilanti zum Ehrenpräsidenten des Comité der Nationalgarde-offiziere ernannt worden. Der englische Gesandte Bulwer, der sich in Pyraus wegen Krankheit ausgeschifft hat, wird seine Reise nächstens fortsetzen.

**Konstantinopel, 26. November.** Die Gehalte der Generale werden herabgesetzt, jene der Subalternoffiziere erhöht. Abermals sind 20.000 Tcherkesen emigriert und werden von Sukum Kale erwartet. Für die türkische Donanflottille sind drei Panzerkanonenboote in Frankreich bestellt worden.

**Triest, 3. Dezember.** Ueberlandspost mit Nachrichten aus Calcutta 5., Bombay 13. November.

An der Küste von Coromandel wüthete heftiger Sturm; alle Telegraphenlinien sind zerstört. Masulipatam wurde durch eine Ueberschwemmung verheert, bei welcher Tausende umgekommen sind.

Ganz Turkistan ist gegen den Emir von Kabul aufgestanden. Der Sohn Uzul Khans, mit den Truppen von Bokhara vereinigt, marschirt gegen den Emir. Alle Häuptlinge von West-Afghanistan verlangen von ihm die Freilassung und Rückgabe der Erbschaft seiner Brüder binnen Monatsfrist, anderenfalls mit dem Kriege drohend.

**Berlin, 3. Dezember.** Der „Kreuzzeitung“ geht von Seiten des Herrn von Bismarck folgende Berichtigung zu: Richtig sei nur die Angabe, daß die Reise des Fürsten von Hohenzollern in keinem Zusammenhang mit politischen Fragen stehe; unrichtig aber sei daß der Fürst von Hohenzollern einen Brief des Königs von Preußen überreichte, so wie die Behauptung, daß es sich bei der Reise um die persönliche Angelegenheit eines Mitgliedes des Hohenzoller'schen Fürstenhauses gehandelt habe.

Denselben Blatte geht ein Telegramm aus Kiel vom 3. folgenden Inhalts zu: Sicherem Vernehmen nach haben sämtliche Räte der Landesregierung ihre Entfernung bei den Bundeskommissären nachgesucht, weil letztere die Gelder der Landeskassen für die Exekutionskosten in die sächsisch-hannoverschen Kassen abführten. — Eine Bekanntmachung des Magistrats spricht die Erwartung aus, die Bürgerschaft werde am Einzugsstage dem Beispiele der Behörden durch allgemeine Illumination folgen.

**Hamburg, 3. Dezember.** Heute hier eingetroffene holstein'sche und schleswig'sche Zeitungen berichten, daß die sibirischen Truppenmärsche meistens wieder begonnen haben. Das Altonaer Verordnungsblatt enthält eine Bekanntmachung der Kieler Landesregierung, welche anzeigt, die Bundeskommissäre hätten genehmigt, daß das im Jahre 1865 in Verwendung kommende Stempelpapier mit einem Wappenschild, enthaltend den schleswig'schen Löwen und das holstein'sche Resselblatt mit darüber angebrachter Herzogskrone, bezeichnet werde.

**Flensburg, 2. Dezember.** Die „Nordb. Ztg.“ meldet: Ein Erlaß der Zivilkommissäre vom 29. November an die schleswig'schen Beamten verbietet die Theilnahme an politischen Demonstrationen überhaupt und insbesondere an solchen, welche die Erbfolgefrage präjudiziren.

**Bern, 3. Dezember.** Der Bundesrath zeigt an: Baden, Württemberg und Baiern haben offiziell die Abordnung von Delegirten zu den Verhandlungen wegen Abschluß eines Handelsvertrages zugesagt. Die französische Regierung hat eingewilligt, alle europäischen Regierungen zu einer Telegraphenkonferenz einzuladen.

**Turin, 2. Dezember.** Im Senate konstatiert Lamarmora, daß in Frankreich allgemeine Sympathien für Italien vorhanden seien. — Finanzminister Sella dementirt das Gerücht, daß die Bank von Genua die Diskontirungen suspendirt habe.

**Paris, 3. Dezember.** Das Urtheil im Prozesse der Dreizehn wird Mittwoch erfolgen.

**St. Petersburg, 3. Dezember.** An der gestrigen Börse war das glaubwürdige Gerücht verbreitet, Ende nächster Woche werde ein Erlaß bezüglich einer im Inlande aufzubringenden, mit einer Lotterie verbundenen Anleihe von 100 Mill. Rubel, welche zu Eisenbahnzwecken bestimmt sind, publizirt werden.

## Markt- und Geschäftsbericht.

**Laibach, 3. Dezember.** Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 26 Wagen mit Getreide (100 Mehen), 9 Wagen mit Heu und Stroh, 46 Wagen und 6 Schiffe (34 Klafter) mit Holz.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mehen fl. —. — (Magazin-Preis fl. 3.72); Korn fl. 2.60 (Mg. Pr. fl. 2.73); Gerste fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.43); Hafer fl. —. — (Mg. Pr. fl. 1.87); Halbfurth fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.97); Weiden fl. 2.50 (Mg. Pr. fl. 3.2); Hirse fl. —. — (Mg. Pr. fl. 2.95); Kukuruz fl. —. — (Mg. Pr. fl. 3.4); Erdäpfel fl. 1.80 (Mg. Pr. fl. —); Rinsen fl. 3.60 (Mg. Pr. fl. —); Erbsen fl. 4. — (Mg. Pr. fl. —); Bohnen fl. 3.80 (Mg. Pr. fl. —); Rindschmalz pr. Pfund fr. 55, Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. 26, betto geräuchert fr. 40; Butter fr. 50; Eier pr. Stück fr. 23; Milch (ordinär) pr. Maß fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 19—21, Kalbfleisch fr. 20, Schweinefleisch fr. 20, Schöpfensfleisch fr. 13; Hühner pr. Stück fr. 23, Tauben fr. 11; Hen pr. Ztr. fl. 1. —, Stroh fr. 65; Holz, hartes 30“, pr. Klafter fl. 9.50, betto weiches fl. 7.50; Wein (Mg. Pr.) rother und weißer, pr. Eimer von fl. 10 bis 15. (Mit Einrechnung der Verzehrungssteuer.)



